
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 21.04.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:47 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr H. Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, stellt die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

- 3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 12.03.2026 wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

- 4 Einwohnerfragestunde
Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, konkrete Fragestellungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde bis zum 20.04.2026, 14:00 Uhr per E-Mail an die Sitzungsbearbeiterin (wirtschaftsausschuss@dessau-rosslau.de) zu richten.**

Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht. Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben.

5 Beschlussfassungen

5.1 **Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur 19. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau und die Aufstellung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 71 „Nahversorgung Mosigkau“ im Parallelverfahren** Vorlage: BV/021/2026/I-61

Während des Tagesordnungspunktes betritt **Frau Dr. Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, um 16:44 Uhr die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 8 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fragt nach, ob in der Vergangenheit ggf. auch ein anderer Standort zur Auswahl stand.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, führt aus, dass die Standortentscheidung Ergebnis der Fortschreibung des Zentrenkonzepts sei. Im ursprünglichen Konzept aus den Jahren 2008/2009 sei zwar ein anderer Standort vorgesehen gewesen (ehemalige Kaufhalle in der Knobelsdorffallee), dieser habe jedoch keine Entwicklung erfahren. Zur Schließung der bestehenden Nahversorgungslücke sei im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und Abwägung empfohlen worden, geeignete Vorhaben zur Sicherung der Grundversorgung zu unterstützen, sofern bestimmte Rahmenbedingungen – insbesondere eine Verkaufsfläche von mindestens 800 m² – eingehalten würden. Dies sei im vorliegenden Fall gegeben, weshalb empfohlen wird mittels eines Baureitplanverfahrens die Zulässigkeit an dem Standort zu prüfen.

Im weiteren Verlauf wurden von Seiten der Stadträte insbesondere Fragen zur räumlichen Nähe des geplanten Marktes zu bestehenden Einzelhandelsstandorten, insbesondere dem E-Center, sowie zu möglichen Auswirkungen auf die Versorgungsstrukturen gestellt. Seitens der Verwaltung wurde hierzu auf eine vorliegende Untersuchung verwiesen, nach der keine erhebliche Beeinträchtigung des E-Center-Standortes zu erwarten sei. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass im weiteren Umfeld bereits bestehende Wettbewerbsstrukturen vorhanden seien und es im Rahmen der Planung auch zu Umverteilungen innerhalb der Versorgungsgebiete kommen könne. Es wurde bestätigt, dass das Vorhaben im Ortschaftsrat Mosigkau vorgestellt und beraten worden sei und dort grundsätzlich Zustimmung gefunden habe. Die Ansiedlung eines Nahversorgers werde insbesondere vor dem Hintergrund der bestehenden Versorgungssituation als positiv bewertet.

Seitens einzelner Stadträte wurde ergänzend klargestellt, dass es sich bei dem Beschluss zunächst ausschließlich um die Einleitung eines Planungsverfahrens handele und noch keine Entscheidung über die tatsächliche Umsetzung getroffen werde. Das Verfahren diene der Prüfung aller planungsrechtlichen, städtebaulichen und fachlichen Voraussetzungen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit dem Vorhaben auch mögliche Auswirkungen auf andere Standorte, insbesondere in Kochstedt, zu berücksichtigen seien. In der Diskussion wurde zudem auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Versorgungssituation in unterversorgten Ortsteilen zu verbessern und gleichzeitig bestehende Strukturen im Stadtgebiet im Blick zu behalten.

In der weiteren Aussprache wurde betont, dass es sich um ein investorengetragenes Projekt handele, bei dem ein Planungserfordernis bestehe und der Investor erhebliche Mittel einbringe. Zugleich wurde hervorgehoben, dass die Stadt im Rahmen der Bauleitplanung die Aufgabe habe, Investitionsvorhaben zu ermöglichen, sofern diese städtebaulich und rechtlich vertretbar seien. Die Verwaltung und Teile des Stadtrates signalisierten Unterstützung für das Vorhaben und verwiesen auf die Bedeutung einer verbesserten Nahversorgung für den betroffenen Bereich.

Danach wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

5.2 Bebauungsplan Nr. 228 „Gewerbe- und Solarpark Lukoer Straße“ – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: BV/042/2026/I-61

Herr Schmidt weist darauf hin, dass sich in der Vergangenheit bereits verschiedene Planungsansätze für die betreffende Fläche an der Lukoastraße ergeben hätten, darunter unter anderem die Planung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage. Nunmehr gehe es um einen unternehmenssichernden Bebauungsplan für einen dort ansässigen Stahlhandelsbetrieb, der seine gewerbliche Nutzung auf der Fläche erweitern wolle, auf der ursprünglich eine Biogasanlage vorgesehen gewesen sei. Im Rahmen der Erweiterungsabsichten sei zudem vorgesehen, Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Eigenversorgung zu errichten. Er stellt klar, dass es sich bei der aktuellen Beratung um den ersten Schritt im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplanverfahren handele. Damit werde das Verfahren zur planerischen Prüfung und Abstimmung der vorgesehenen gewerblichen Entwicklung formal eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: 06:02:00

5.3 Verbindliches Verfahren zur Verwendung von Einnahmen nach § 6 EEG und Beteiligungsgesetz LSA Vorlage: FV/005/2026/GRÜNE

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, führt in die Vorlage ein und erklärt, man habe mit der Vorlage die Verwaltung beauftragt, einen verbindlichen rechtlichen Vorschlag zur Verteilung und Verwendung der Gelder aus dem Beteiligungsgesetz auszuarbeiten. Dies sei gesetzlich vorgeschrieben. Die vorgeschlagenen Eckpunkte sollten nun in den Ausschüssen diskutiert und gegebenenfalls geändert werden.

Sowohl die Stadträte als auch die Verwaltung tauschen sich zu der Vorlage ausführlich aus.

Herr Schmidt erklärt, dass die Verwaltung bereits an einem rechtssicheren und transparenten Verfahren zur Verteilung der Mittel arbeite und es wird festgelegt, dass eine Arbeitsgruppe mit den Ortschaftsräten initiiert wird und im Juni 2026 die erste Sitzung gemeinsam mit der Verwaltung stattfindet.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr J.-U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), erklärt, in der Zeitung sei von einem Kooperationsvertrag zwischen einem Investor und den Stadtwerken berichtet worden. Auch wenn bestimmte Inhalte möglicherweise nicht öffentlich behandelt werden könnten, wünsche er sich zumindest eine Bestätigung und weitere Informationen im Ausschuss.

Außerdem regt er an, das sogenannte Trainingsprojekt nach dessen Abschlusssitzung gemeinsam auszuwerten. Er habe den Eindruck gewonnen, dass es während des Projekts viele Missverständnisse und Kommunikationsprobleme gegeben habe. Deshalb solle diskutiert werden, was Politik und Stadtverwaltung bei ähnlichen Projekten künftig verbessern könnten und wie die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten besser gestaltet werden könne. Abschließend bittet er den Vorsitzenden, dieses Thema für eine Sitzung im Herbst auf die Tagesordnung zu setzen und die Abschlusstagung des Projekts zu besuchen, um dort weitere Gespräche mit den Projektverantwortlichen führen zu können.

Herr Stadtrat Ratzmann, Fraktion AfD, erkundigt sich zunächst nach dem zeitlichen Stand der Fortschreibung des Flächennutzungsplans und fragt, wann mit abstimmungsreifen Unterlagen für das gesamte Stadtgebiet zu rechnen sei. Zudem

fragt er nach den bisherigen Erfahrungen mit dem eingeführten Baulandkataster und möchte wissen, in welchem Umfang dieses von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werde sowie ob bereits konkrete Anfragen eingegangen seien.

Herr Schmidt erläutert hierzu, dass derzeit der Entwurf des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes erarbeitet werde, welches die Grundlage für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans bilde. Ziel sei es, den Entwurf am 11. Juni im Bauausschuss zur Billigung für die Öffentlichkeitsbeteiligung vorzulegen. Parallel arbeite die Verwaltung bereits an den Entscheidungsunterlagen für den Flächennutzungsplan. Ein konkreter Termin für die Fertigstellung könne derzeit jedoch noch nicht genannt werden. Zudem werde erneut ein Bürgerdialog stattfinden.

Zum Baulandkataster führt **Herr Schmidt** aus, dass dieses grundsätzlich gut angenommen werde und regelmäßig Anfragen eingehen würden. Ursprünglich habe das Kataster mehr als 500 Bauplätze umfasst, inzwischen liege die Zahl bei etwas über 300. Teilweise hätten Eigentümer nach Anfragen jedoch darum gebeten, ihre Flächen wieder aus dem Kataster zu entfernen.

Herr J. U. Weber erkundigt sich anschließend nach dem Stand möglicher Planungen für einen Chatbot beziehungsweise Telefonbot für die Stadtverwaltung. Er verweist darauf, dass entsprechende Systeme bereits in umliegenden Kommunen eingesetzt würden, und fragt, welche Vorbereitungen die Verwaltung hierzu treffe beziehungsweise mit welchen Anbietern Gespräche geführt würden.

Die Anfrage wird an das zuständige Dezernat II zur Beantwortung weitergeleitet.

Herr Schmidt antwortet auf die Nachfrage bzgl. der Sachstands der Ansiedlungsabsicht auf dem Gelände des Flugplatzes, dass die Verlängerung der Baugenehmigung nicht beantragt wurde.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird 17:34 Uhr Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9 Schließung der Sitzung

Herr H. Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, schließt die Sitzung um 17:47 Uhr.

Dessau-Roßlau, 05.06.26

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

M. Henke
Schriftführer